

FRAKTION HALSTENBEK

Antrag zur Sitzung der Gemeindevertretung am 12.02.2018

Verbesserung der Verkehrssicherheit in Halstenbek

Beschlussvorschlag:

Die verstärkte Bautätigkeit in Halstenbek sowie das damit zusammenhängende Bevölkerungswachstum in den letzten Jahren haben zu großen Veränderungen im Straßenverkehr geführt, so dass die Verkehrsinfrastruktur überprüft und an die neuen Verhältnisse angepasst werden muss. Besonders nicht-motorisierte Verkehrsteilnehmer*innen haben sich in letzter Zeit verstärkt über Benachteiligungen und die Gefährdung ihrer Sicherheit geäußert und beschwert. Viele Menschen sind zudem verunsichert, weil sie beinahe täglich in den Zeitungen Berichte über Verkehrsunfälle im Kreis Pinneberg lesen.

Besonders die Schulwegsicherheit ist in Halstenbek in vielen Fällen nicht mehr gewährleistet. Zur Vorbeugung schwerer Verkehrsunfälle und bevor weitere neue Baugebiete ausgewiesen werden, die unter anderem die Verkehrssituation weiter verschlechtern würden, stellt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den folgenden Antrag, um die bestehende Verkehrsinfrastruktur zu überprüfen und durch folgende Maßnahmen die Verkehrssicherheit vor allem für schwächere Verkehrsteilnehmer*innen zu gewährleisten.

- 1.** Auf der Feldstraße die Einrichtung eines Parkverbots bei den Eingängen zur GUGS, eines Zebrastreifens und die feste Etablierung von 10 km/h als Höchstgeschwindigkeit im direkten Schulumfeld.
- 2.** Überprüfung und ggf. Anpassung der Regelungen für Fahrradfahrer auf der Hartkirchener Chaussee im Bereich der GUGS.
- 3.** Prüfung und Umsetzung von Maßnahmen zur Gewährleistung der Schulwegsicherheit im Ostereschweg. Diese umfassen die Einrichtung eines Fußgängerüberwegs an der Einmündung zur Feldstraße, einen zusätzlichen Bürgersteig sowie die Aufklärung und Schulung der Mitarbeiter der GWH.

4. Einrichtung einer Tempo-30-Zone im erweiterten Umfeld des Kindergartens Holzhüpfer im Eidelstedter Weg sowie der gesamten Königstraße.

5. Durchführung von Maßnahmen zum Schutze der nicht-motorisierten Verkehrsteilnehmer*innen in der Hauptstraße. Vorrangig sind Maßnahmen zur Einrichtung von sicheren Straßenübergängen auf Höhe des Café Eisstern und der Sparkasse sowie zur allgemeinen Reduzierung der Geschwindigkeiten der motorisierten Verkehrsteilnehmer*innen durchzuführen, um die Verkehrssicherheit für alle Personen in diesem Bereich zu erhöhen.

6. Einforderung der stärkeren Überwachung der Einhaltung der gültigen Verkehrsregeln in der Gustavstraße bei den zuständigen Stellen und Aufstellung der Schilder so, dass sie für alle Verkehrsteilnehmer*innen deutlich sichtbar sind.

7. Die Gemeinde identifiziert zusammen mit den Schulen Gefahrenstellen auf den Schulwegen und setzt Maßnahmen zur Verbesserung der Schulwegsicherheit um.

Begründung zu 1:

Sowohl von Seiten der Kinder, der Eltern als auch der Schule werden die unhaltbaren Verkehrszustände im unmittelbaren Umfeld der GUGS beklagt. Auf der Feldstraße sind parkende Autos ein großes Problem, da die Zugänge zur GUGS dadurch schwer einsehbar und Schulkinder für Autofahrer häufig nicht oder nur sehr spät erkennbar sind. Auch aufgrund unangepasster Geschwindigkeiten besteht hier eine erhöhte Unfallgefahr.

Die zeitweilige Einrichtung eines Zebrastreifens wurde von allen Beteiligten für gut befunden und sollte daher fortgeführt werden. Eine klare Beschilderung der Höchstgeschwindigkeit von 10 km/h sowie die Einrichtung von Parkverbotszonen sind zwingend notwendig, um die Sicherheit für junge Verkehrsteilnehmer*innen zu erhöhen. Als begleitende Maßnahme ist zu prüfen, wie die Benutzung des Schulparkplatzes ausschließlich auf die Schulbediensteten begrenzt werden kann, da auch Berufspendler*innen diese Parkplätze derzeit nutzen, die somit den verfügbaren Parkraum verknappen und für einen erheblichen Parkdruck in der Feldstraße sorgen.

Durch die sichereren Verkehrswege sollte bei den Eltern so viel Vertrauen entstehen, dass sie ihre Kinder in Zukunft verstärkt alleine zur Schule laufen oder fahren lassen können. Damit wird dann auch automatisch der Automobilverkehr in diesem Bereich verringert.

Kosten: Gering für Anpassung der Beschilderung und Fahrbahnmarkierungen.

Begründung zu 2:

Als ungünstig für die Schüler der GUGS hat sich die Regelung des Fahrradverkehrs auf der Hartkirchener Chaussee erwiesen. Schüler*innen fahren in diesem Abschnitt vielfach entgegen der vorgesehenen Fahrtrichtung, um Umwege zu vermeiden. Für Autofahrer*innen, die vom Tankstellengelände fahren, besteht die Gefahr, dass sie diese Radfahrer*innen übersehen und es zu Unfällen kommt. Hier sollen Alternativen ermittelt und umgesetzt werden, die die Sicherheit für die Schüler*innen erhöhen.

Kosten: Gering für Beschilderung.

Begründung zu 3:

Durch das neue Baugebiet im Ostereschweg hat sich die dortige Verkehrssituation stark verändert. Gerade morgens herrscht reger Verkehr durch Kinder, abfahrende Anwohner*innen, ankommende Mitarbeiter*innen der GWH und deren Werkverkehr. Die Schul- und Kindergartenkinder müssen auf dem Schul-/Kindergartenweg zum Teil mehrfach die Straße überqueren, die teilweise schlecht einsehbar ist. Es wurde zudem berichtet, dass einige Mitarbeiter*innen der GWH ihre Fahrweise noch nicht an diese veränderten Umstände angepasst haben, d.h., sie sind zu schnell unterwegs und stellen damit eine Gefahr für die Kinder dar. Häufig werden Kinder an der Einmündung zur Feldstraße einfach übersehen.

Hier wäre die Einrichtung eines klar gegenzeichneten Fußgängerüberwegs oder eines Stoppschildes sinnvoll. Zudem könnte ein zusätzlicher Bürgersteig für Entlastung und mehr Verkehrssicherheit führen, da weniger Straßenüberquerungen notwendig wären.

Die GWH wird dazu aufgefordert, ihre Mitarbeiter*innen deutlich auf diese Problematik hinzuweisen und zu defensiver Fahrweise anzuhalten.

Kosten: Zu prüfen/noch nicht bekannt.

Begründung zu 4:

Die Königstraße und der Eidelstedter Weg sind gerade morgens vielbefahrene Straßen, auf denen Schulkinder und Kindergartenkinder unterwegs sind. Trotz vieler parkender Autos wird die derzeit geltende Geschwindigkeit aufgrund unklarer Regelungen und schlechter Beschilderungen häufig nicht eingehalten. Für nicht-motorisierte Verkehrsteilnehmer*innen sind diese Straßenabschnitte nur schwer und gefährlich zu nutzen.

Eine permanente Tempo-30-Zone würde hier für Klarheit und mehr Verkehrssicherheit sorgen. Die Zone sollte im Eidelstedter Weg mindestens zwischen den Einmündungen der Ludwig-Meyn-Straße und des Osterbrookswegs beginnen und über die komplette Königstraße fortgeführt werden.

Kosten: Gering für Beschilderung.

Begründung zu 5:

Neben dem örtlichen Geschäftsverkehr wird die Hauptstraße mittlerweile häufig als Abkürzung zwischen Hartkirchener Chaussee und Friedenstraße/Poststraße genutzt. Dabei kommt es immer wieder zu Ausreißern bei Geschwindigkeitsübertretungen sowie zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen. Diese führen dazu, dass das Sicherheitsempfinden der nicht-motorisierten Verkehrsteilnehmer*innen und vor allem von mobilitätseingeschränkten Menschen (z. B. Menschen mit Gehbeeinträchtigungen, ggf. auch angewiesen auf Hilfen wie Rollator oder Rollstuhl, Kindern mit Rollern oder Ähnlichem, Menschen mit Kinderwagen, ungeübten Radfahrer*innen oder Radfahrer*innen mit Anhängern) stark abgenommen hat, denn für diese Gruppen besteht in diesem Straßenabschnitt die akute Gefahr von Unfällen mit massiven Personenschäden.

Maßnahmen, die in Frage kommen, wären die Einrichtung von markierten Straßenübergängen bzw. Zebrastreifen, bauliche Verkehrshindernisse sowie eine Shared Space Zone wie in der Gustavstraße.

Kosten: Gering für Beschilderung und Fahrbahnmarkierungen. Bei Einrichtung einer Shared Space Zone deutlich höhere Kosten.

Begründung zu 6:

Die Schilder für den Shared Space sind schlecht platziert und häufig verdeckt. Somit übersehen viele Kraftfahrer*innen die Schilder und es kommt in der Gustavstraße zu Geschwindigkeitsübertretungen. Sehr wenige Fahrzeugführer halten sich an die Schrittgeschwindigkeit, was zu gefährlichen Situationen führen kann. Um Unfälle zu verhindern, sind die oben genannten Maßnahmen notwendig.

Kosten: Gering für Anpassung der Beschilderung.

Begründung zu 7:

Die Schulen verfügen schon heute über Informationen darüber, wo sich auf den Schulwegen Gefahrenstellen befinden. Sofern nicht schon geschehen, sollen diese Informationen mit der Gemeinde geteilt werden. Die Gemeinde soll dann Maßnahmen zur Verbesserung der Schulwegsicherheit dort durchführen, wo die größten Gefahrenstellen sind, um diese möglichst schnell zu eliminieren.

Kosten: Zunächst keine.

Jan Gahde, Heiner Kohlhagen und Fraktion